



**Die Linke**

Fraktion in der  
Marburger Stadtver-  
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9  
35037 Marburg  
Tel. 06421-163873  
info@die-linke-marburg.de  
www.die-linke-marburg.de

## **Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 28.2.2025**

### **Solarpark Dagobertshausen – Gedenktag für Militärveteranen – Ausgrenzung von Geflüchteten per Bezahlkarte – gemeinnütziges Bauen im Südbahnhofviertel**

Auch zu dieser Sitzung wurden die Stadtverordneten mit einem Transparent empfangen: Kein Veteranentag in Marburg! Vertreter\*innen des Bündnisses „Nein zum Krieg“ protestierten gegen die mögliche Durchführung eines Veteranentags für aktuelle (!) und ausgeschiedene Soldaten der Bundeswehr. Ihre Kritik: „Eine Zustimmung würde den Kriegsdienst und, damit verbunden, die Kriegslogik als Grundgedanke für die Zukunftssicherung, ungebührlich in die Mitte der Zivilgesellschaft rücken.“

Nach Wahlen zu Ortsgerichten, Beiräten und Kommissionen startete die Debatte von Anträgen zunächst mit dem Plan eines Solarparks in Dagobertshausen. Dringlichkeitsanträge wurden diesmal nicht gestellt.

### **Solarenergiepark unter dem Vorbehalt der Pharma-Erweiterung**

Das Bestreben, in Marburg die Erzeugung regenerierbarer Energie zu fördern, wird von der Fraktion Die Linke unterstützt. Renate Bastian unterstrich die positiv zu wertenden Grundsätze: Federführung durch die Stadtwerke, Einbeziehung der Energiegenossenschaft, Beteiligungsmöglichkeit für Bürger\*innen und lokale Verwertung. Um einen Solarnergiepark auf dem Gebiet von Dagobertshausen in der Nähe des Pharmastandortes Görtzhäuser Hof zu ermöglichen, beantragte der Magistrat eine Änderung des Flächennutzungsplans und die Erstellung eines Bebauungsplans. Über diesem sinnvollen und längerfristig angelegten Projekt schwebt aber ein Damoklesschwert: Sollte der Pharmastandort seinen vorrangigen Anspruch auf die Fläche erheben, würde die sinnvolle Energieerzeugung abgebrochen, der Solarpark abgebaut und die Stadt müsste womöglich Regress zahlen. Der Plan trägt somit strukturell die Gefahr des Scheiterns in sich. Zudem stünde den bereits durch Investorenherrlichkeit geplagten Dagobertshäuser\*innen neues Ungemach ins Haus. Die Linke enthielt sich bei der Abstimmung, denn der Solarpark ist wichtig, sein Schicksal aber an die Flächenwünsche des Pharmastandort zu binden, ist falsch.

### **Veteranentag: Feier für Kriegstauglichkeit oder Feier der Friedensfähigkeit?**

Der Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion, der fordert, dass Marburg sich mit einem aufwendigen Konzept am neuen nationalen Veteranentag beteiligen soll, wurde vom Linken-Stadtverordneten Jan Schalauske scharf kritisiert. Er wertete das Ansinnen im Kontext

von gesellschaftlichen Veränderungen, die mit den Begriffen „Militarisierung“ und „Kriegstauglichkeit“ beschrieben werden können, und verwies darauf, dass sich das Stadtparlament bereits mehrmals zum Primat des Zivilen vor dem Militärischen bekannt habe: gelbe Schleifen an Ortsschildern (mehrheitlich abgelehnt), Werbung für die Bundeswehr an Stadtbussen (mehrheitlich abgelehnt), keine militärische Forschung an den Unis (mehrheitlich empfohlen). Die kritische Auseinandersetzung mit den Traditionen des Militarismus in Form der Marburger Jäger und ihrer Traditionsverbände stehe ebenfalls in dieser Reihe. Diesmal kam Nachdenklichkeit bei der Mehrheit der Stadtverordneten zu kurz. Schalauske wertete die positive „Positionierung von SPD, Grünen und Klimaliste nicht weniger als eine Marburger Zeitenwende“. Entsprechend stimmten nur die Linke sowie Marburger Linke & Piraten (MLP) gegen den Antrag.

### **Geflüchtete in Marburg - willkommen oder diskriminiert und schikaniert?**

Die Fraktion Die Linke hatte schon im vergangenen Jahr den Antrag eingebracht, die Bezahlkarte für Geflüchtete, von der man kein Bargeld abheben kann, in Marburg nicht einzuführen. Dieser Antrag drehte einige Runden im parlamentarischen Verfahren, wurde durch die Koalition abgeändert und sollte durch eine Passage des Ausländerbeirats ergänzt werden. Im Zentrum steht nach wie vor die Frage: Sollen Geflüchtete nur eine Bezahlkarte für die Gestaltung ihres Lebens hierzulande nutzen können oder, wie alle anderen Bürger\*innen auch frei über das ihnen zustehende Bargeld verfügen. Miguel Sanchez stellte fest: Die Bezahlkarte setzt geflüchtete Menschen vielfältigen Einschränkungen und Zumutungen aus, macht Einkäufe umständlich, verursacht zusätzliche Gebühren und erhöht den Aufwand in den Behörden. Letztlich ist sie diskriminierend und erschwert Integration.

Gegen eine Weisung des hessischen Sozialministeriums für die Bezahlkarte könne man nicht opponieren, befand die Mehrheit aus Konservativen und Koalition im Stadtparlament und lehnte den Antrag sowohl der Linken als auch des Ausländerbeirats ab. Mit Mehrheit wurde Sorge und Bedauern beschlossen.

Inzwischen hat sich der Sozialausschuss des Hessischen Städtetags für einen frei verfügbaren Bargeldbetrag von 150 Euro ausgesprochen.

### **Schiebt die Sparkasse den Wohnungsbau im Südbahnhofsviertel auf die lange Bank?**

Aus öffentlichen Verlautbarungen war zu entnehmen, dass sich die Sparkasse beim vereinbarten Wohnungsbau im neuen Quartier nahe dem Südbahnhof, zwischen Cappeler Straße und Frauenbergstraße, zu viel Zeit lässt. Das bemängelte Renate Bastian und begründete den Antrag der Linken, „ das Wohnbauvorhaben nicht aufzuschieben, sondern konsequent weiterzuverfolgen und unverzüglich nach Vorlage der rechtlichen Vorgaben mit der Realisierung zu beginnen“. Die Sozialberichterstattung weist aus, dass seit vielen Jahren gleichbleibend bis zu 900 Haushalte Sozialwohnungen suchen. Das verlangt schnelles Handeln. Die Mehrheit der Stadtverordneten schloss sich den technischen und planerischen Bedenken der Sparkasse an und lehnte den Antrag ab.

### **Fußgängerüberweg am Rudolphsplatz**

Die Fraktionen von SPD, Grünen und Klimalisten wollen überprüfen lassen, ob fußgänger\*innenfreundliche Ampelschaltungen am Rudolphsplatz möglich sind und ein Überweg an der Ampel am Rudolphplatz zwischen Lahntor und nördlicher Seite der Weidenhäuser Brücke machbar ist. Letzteres ist eigentlich überflüssig, denn bei der Renovierung der Weidenhäuser Brücke wurde extra auf der nördlichen Seite ein Fußgängersteg angehängt, der ursprünglich zu einem Zebrastreifen über die Biegenstraße führen sollte. Dieser war zwar machbar, wurde aber auf Wunsch der CDU gestrichen, mit der die SPD 2017 eine Koalition eingegangen war.

### **Welche Zukunft haben die Dorfläden in den Stadtteilen?**

Die Linke beantragte einen Bericht des Magistrats. Die StVV stimmte zu.

### **Anträge, die ohne Aussprache in der StVV Zustimmung fanden:**

Vorlage des Magistrats: Schloss- und Museumsentwicklung 2025-2028, Enthaltung der Linken;

Antrag der Fraktion von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg: Lagepläne der Bussteige, Ja-Stimmen der Linken.

### **Anträge, die ohne Aussprache in der StVV abgelehnt wurden**

Antrag der MLP: Ankauf oder Pachtung eines Wiesengrundstücks für Freizeitfläche, Enthaltung der Linken;

Antrag der MLP: KiTa-Bus für den geplanten Neubau in Cappel, Neinstimmen der Linken.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

**Renate Bastian, Miguel Angel Sanchez Arvelo, Jan Schalauske**